

MEDIENMITTEILUNG

13. Juli 2012

Keine Sanierung der Finanzen auf dem Rücken des Personals!

Seit einigen Wochen mehren sich die Zeichen aus der Finanzverwaltung, dass der Kanton rote Zahlen schreiben wird. Das Staatspersonal wird aufgerufen, sich an den Sanierungsbemühungen zu beteiligen. Die FEDE erinnert daran, dass die Staatsangestellten des Kantons Freiburg im interkantonalen Vergleich alles andere als privilegiert sind und in der jüngsten Vergangenheit bereits einen substanziellen Beitrag zu den Sanierungsbemühungen geleistet haben.

Zur Erinnerung: Die Staatsangestellten mussten in den 90er-Jahren harte Sparmassnahmen über sich ergehen lassen. Der Personalbestand wurde eingefroren, die Löhne zwei Stufen unterhalb der Bezugsklasse festgelegt, ein Solidarbeitrag auf die Löhne erhoben. Alles in allem mehr als 300 Millionen Franken, die vom Staatspersonal getragen wurden. Die Massnahmen hatten es in sich, die Angestellten der kantonalen Verwaltung trugen in grossem Ausmass dazu bei, den Freiburger Haushalt zu sanieren. Das Ergebnis ist bekannt: Der Staat schloss die letzten zehn Jahre jeweils mit einem substanziellen Überschuss ab. In den letzten fünf Rechnungsjahren lag der Überschuss vor Abschreibung bei rund 150 Millionen Franken.

Im gleichen Zeitraum drängte das Parlament auf Steuererleichterungen für natürliche und juristische Personen. Eine Reihe von Massnahmen wurde ergriffen, um die Steuerlast zu senken. Vermutlich übereilt. Denn es wurde nicht berücksichtigt, dass die Bevölkerung des Kantons in 25 Jahren um rund 40 % gewachsen war und die Schaffung von neuen Stellen bei Weitem nicht mithielt. Selbst wenn sich das Wachstum nun verlangsamt, werden für 2017 bereits 300 000 Einwohner prognostiziert (gegenüber 278 493 am 31. Dezember 2010).

In schwierigen Zeiten liegt es nahe, die Lösung in Personaleinsparungen zu suchen. Mit dieser einfachen Massnahme erspart man sich eine langwierige Suche nach anderen Spar- und Einnahmemöglichkeiten.

Die FEDE kann nicht hinnehmen, dass es sich der Staatsrat so einfach macht. In der gegen-

wärtigen Lage muss als Grundsatz die **Symmetrie der Opfer** gelten, sofern Opfer nötig sind! Das Personal hat seinen Teil bereits beigetragen. Die Staatsangestellten sind von allen Sparmassnahmen stets betroffen. Dem Staat werden laufend neue Aufgaben übertragen, ohne dass im gleichen Umfang neue Stellen geschaffen würden. Wenn der Personalstand nicht mithält, steigt die Arbeitsbelastung der Angestellten kontinuierlich. Und das ist auch der Fall! Erwähnt sei nur das Beispiel des Pflegepersonals, dessen Arbeitsbedingungen immer unerträglicher werden.

Die FEDE wird wie bisher die Gespräche mit dem Staatsrat fortführen. Auf der Grundlage des bestehenden Vertrauensverhältnisses sollte es möglich sein, gerechte, ausgewogene Lösungen zu finden. Die FEDE will ihrer Rolle als verantwortlicher Partner voll und ganz gerecht zu werden. Wichtig ist, dass die Vertretung des Personals und der Angestellten als Partner in die Gespräche einbezogen ist.

Für alle mit kurzem Gedächtnis sei daran erinnert, dass sich das Staatspersonal des Kantons Freiburg in der Vergangenheit bereits sehr einsichtig gezeigt hat. Seine Effizienz führt es tagtäglich vor Augen. Das zeigt die Statistik. In romandieweiten Vergleichen liegt es stets an der Spitze. Doch der Bogen darf nicht überspannt werden. Das Hauptziel ist, qualitativ hochstehende Leistungen für die Bevölkerung des Kantons zu erbringen. Sie hat ein Recht darauf. Der Staatsrat und der Grosse Rat müssen dafür sorgen, dass die Motivation erhalten bleibt.